



Nr. 26

23. August 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

„Die Welt“-Interview

[Geyer warnt vor Überlastung der Verwaltung: „Die Krise beginnt erst“](#)

Geyer zur Pflegeassistentenausbildung

[Pflege: Fachkräftemangel nicht durch Niveauabsenkung lösen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[Laufbahnrecht: BBW lehnt Verordnungsentwurf ab](#)

Berlin

[Vereinbarung zur Verbeamtung ohne Wirkung](#)

Sachsen

[Unterschriften für Volksantrag zur Bildungszeit übergeben](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Positive Bilanz nach Fußball-EM und Olympischen Spielen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Fachlicher Austausch mit Bürgerbewegung Finanzwende](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

„Die Welt“-Interview

Geyer warnt vor Überlastung der Verwaltung: „Die Krise beginnt erst“

Schnellere Digitalisierung, attraktivere Arbeitsbedingungen: dbb Vize Volker Geyer fordert Maßnahmen, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zu stärken.

Geyer sagte im „Die Welt“-Interview (Ausgabe vom 15. August 2024): „Wir fordern mehr Digitalisierung im öffentlichen Dienst. Das wollen auch die Beschäftigten. Aber Bund, Länder und Kommunen sind bei Weitem nicht dort, wo sie sein sollten.“ Der Grund für das langsame Tempo sei nicht der öffentliche Dienst selbst, sondern die ungeklärten Zuständigkeiten. „Da blickt kaum einer durch, das spricht doch Bände. Selbst auf Bundesebene gibt es zig Ebenen, die sich gegenseitig im Weg stehen.“ Um dieses Chaos zu überwinden, schlug Geyer vor, die Vielzahl an Systemen vereinheitlichen.

Der dbb Tarifchef zeigte sich zudem besorgt über das sinkende Vertrauen der Bevölkerung in den Staat. Im Frühsommer hatte der dbb eine Umfrage mit dem Ergebnis durchgeführt, dass 70 Prozent der Menschen kein Vertrauen mehr in die Handlungsfähigkeit des Staats haben. „Das ist eklatant“, betonte Geyer. „Die Beschäftigten des öffentlichen Diensts müssen das als Erste ausbaden. Unsere Beschäftigten bekommen den Frust der Bürger ab. Rettungs-

kräfte, Polizisten, Lehrer werden häufiger angegriffen, die Gewaltbereitschaft nimmt generell zu.“

Auch im Hinblick auf den demografischen Wandel steht dem öffentlichen Dienst eine schwierige Zukunft bevor. Denn die Bewerberzahlen sind eingebrochen und in den nächsten zehn Jahren geht ein Drittel der Beschäftigten in den Ruhestand. Gleichzeitig schafft die Bundesregierung mit immer neuen Aufgaben einen enormen Bedarf an neuen Arbeitskräften und Mehrarbeit für das vorhandene Personal. „Die Krise beginnt erst“, mahnte Geyer. „Wir haben demografiebedingte Abgänge, die wir nicht nachbesetzt bekommen, und dazu immer mehr Aufgaben. Viele Beschäftigte sind deshalb überlastet. Sie machen Überstunden, die sie nicht durch Freizeit ausgleichen können, weil so viele Stellen unbesetzt sind.“ Damit der öffentliche Dienst weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleibe, müssen Einkommen, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle mit den aktuellen Lebensrealitäten Schritt halten – und konkurrenzfähig zur freien Wirtschaft bleiben.

Geyer zur Pflegeassistentenausbildung

Pflege: Fachkräftemangel nicht durch Niveauabsenkung lösen

Die bundeseinheitliche Ausbildung für Pflegeassistentenkräfte soll kommen, ein Gesetzentwurf liegt vor. Der dbb ist nicht mit allem einverstanden.

„Grundsätzlich sind es gute Nachrichten, dass die Bundesregierung endlich das Wirrwarr von unzähligen landesspezifischen Ausbildungsvorgaben beenden möchte“, sagte Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik und dbb-Vize, am 22. August 2024 in Berlin. „Und es ist unbestritten, dass sich die Personalsituation in der Kranken- und stationären Altenpflege verbessern muss. Allerdings muss das mit einem hohen Maß an Qualität und Professionalität einhergehen. Was das betrifft, ist der Gesetzentwurf aus Sicht des dbb enttäuschend.“

Die Pflegeassistentenausbildung soll laut Entwurf 18 Monate dauern, die Pflegehilfeausbildung zwölf Monate. Geyer: „Das ist zu kurz, um die erforderlichen Qualifikationen zu ver-

mitteln. Es ist vorprogrammiert, dass die ohnehin stark belasteten Bestandskräfte in die Bresche springen müssen. Fachkräftemangel lässt sich nicht durch Niveauabsenkung lösen!“

Weiterhin sieht der Gesetzentwurf vor, die Assistenz- und Hilfsausbildung auch für Menschen ohne Schulabschluss zu öffnen. „Das ist ein komplett falscher Ansatz“, kritisiert Geyer. „Wir sehen die Gefahr, dass das Gesetzesvorhaben die besonders in der Pflege so wichtige Fachlichkeit aufweicht. Die Praxisanleitung, die durch Lücken in der Schulbildung sicherlich nicht einfacher wird, bereitet uns schon jetzt große Sorgen, weil das Personal diese nebenbei erledigen muss. Hier brauchen wir klare

Freistellungsregelungen, damit Ausbildungsqualität und Empathie nicht auf der Strecke bleiben!“

Was aus Sicht des dbb außerdem passieren muss? „Wir brauchen eine auf Schichtdienste

abgestimmte Kinderbetreuung, mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten und einen besseren Arbeitsschutz“, betont Geyer. „Das kann dazu beitragen, die angespannte Personalsituation zu entspannen und Ausfälle, Berufsaufgaben sowie vorzeitige Ruhestandseintritte zu verhindern.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

Laufbahnrecht: BW lehnt Verordnungsentwurf ab

Der dbb Landesbund Baden-Württemberg hat am 22. August 2024 Kritik an den Plänen der Landesregierung für eine neue „Laufbahn des höheren geistes- und sozialwissenschaftlichen Dienstes“ geübt.

Bereits in seiner Stellungnahme hatte der BBW unmissverständlich deutlich gemacht, dass er eine solche Laufbahn nicht nur ablehne, sondern sie rechtlich sogar für nicht zulässig halte. Schließlich könnten Absolventinnen und Absolventen von Studiengängen wie Geschichtswissenschaften, Rhetorik, Religionswissenschaften, Journalismus, Kommunikationswissenschaften, Planung und Partizipation, Sprachwissenschaften, Pädagogik, Erziehungswissenschaften, Soziale Arbeit, Ethnologie, Kulturwissenschaften und Soziologie kaum hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, was dem Beamtenstatus widerspräche. Zudem blieben die vorgesehenen Anforderungen für den Erwerb der Laufbahnbefähigung des höheren geistes- und sozialwissenschaftlichen Dienstes durch eine dreijährige Berufstätigkeit hinter den An-

forderungen für den Erwerb der Laufbahnbefähigung für den höheren Verwaltungsdienst deutlich zurück.

Kritisch beleuchtet hatte der BBW weiter, dass der Verordnungsentwurf aus dem grün geführten Staatsministerium kommt und nicht aus dem für solcherlei Angelegenheiten zuständigen Innenministerium, bevor die Stellungnahme mit der Feststellung endet: „Der BBW muss – auch vor der aktuellen Debatte um den Landeshaushalt – darauf hinweisen, dass eine Verbeamtung kein Selbstzweck ist. Vielmehr ist aufgrund des vorliegenden Entwurfs zu befürchten, dass vorhandene Beschäftigte im Staatsministerium, den Ministerien oder im parlamentarischen Beratungsdienst, die die Voraussetzungen des aktuellen Laufbahnrechts nicht erfüllen können, rechtzeitig vor der Landtagswahl versorgt werden sollen.“

Berlin

Vereinbarung zur Verbeamtung ohne Wirkung

Schon seit Ende vergangenen Jahres existiert eine Vereinbarung zwischen den Senatsverwaltungen für Finanzen und für Inneres und Sport, die die Verbeamtung von Tarifbeschäftigten erleichtern soll – allerdings ohne praktische Auswirkungen. „Personalbindungsmaßnahme verpufft“, kritisierte der dbb Landvorsitzende Frank Becker am 21. August 2024.

Beim dbb berlin, der frühzeitig auf die Umsetzung der Vereinbarung gedrängt hatte, häufen sich demnach die Anfragen enttäuschter Beschäftigter – unter anderem auch aus der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Der dbb berlin hat deshalb beide betroffene Ressortchefs nochmals aufgefordert,

endlich auch für die Umsetzung dieser zwingend notwendigen Personalbindungsmaßnahme zu sorgen.

Sachsen

Unterschriften für Volksantrag zur Bildungszeit übergeben

Die beiden Vertrauenspersonen für den Volksantrag „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ Daniela Kolbe und Christian Dahms haben am 21. August 2024 insgesamt 188 Ordner mit 18.947 Unterschriftenbögen und 55.628 bestätigten Unterschriften an Landtagspräsident Matthias Rößler übergeben.

„Wir brauchen ein Bildungsfreistellungsgesetz, denn wir wollen für das Ehrenamt begeistern und auch in Zukunft auf freiwilliges Engagement setzen“, so Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB. „Und das qualifiziert und weitergebildet! Unsere Demokratie braucht Engagement in allen Bereichen. Wir sind froh und

dankbar, Teil dieses breiten Bündnisses zu sein. Jetzt liegt es an unseren Parlamentariern, den Volksvertreterinnen und Volksvertretern das wir mit einem Bildungsfreistellungsgesetz zu den anderen 14 Bundesländern aufzuschließen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Positive Bilanz nach Fußball-EM und Olympischen Spielen

Die DPoIG zieht eine durchweg positive Bilanz der kürzlich stattgefundenen Fußball-Europameisterschaft und der Olympischen Spiele. Diese Großereignisse hätten eindrucksvoll gezeigt, dass die Polizei in der Lage ist, auch umfangreiche Sicherheitsanforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Dazu erklärt der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt: „Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf nationaler und europäischer Ebene hat sich als äußerst effektiv erwiesen. Durch die internationale Vernetzung konnte die Polizei nicht nur die Sicherheit der Veranstaltungen gewährleisten, sondern auch ein starkes Zeichen für die Zusammenarbeit in Europa setzen. Die Koordination zwischen den deutschen und französischen Behörden hat reibungslos funktioniert und war entscheidend für den Erfolg der Fußball-EM als auch der Olympischen Spiele.“

Ein herausragendes Beispiel für die Wirksamkeit dieser Zusammenarbeit sei die Vereitelung des Anschlags auf das Taylor Swift-Konzert in Wien. Wendt: „Dieser Vorfall hat eindrucksvoll demonstriert, wie wichtig der Austausch von Informationen und die enge Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden sind. Dank dieser gemeinsamen Anstrengungen konnten potenzielle Gefahren frühzeitig erkannt, abgewendet und eine Katastrophe verhindert werden.“

Die DPoIG bedankte sich bei allen Einsatzkräften, die während der EM und der Olympischen Spiele unermüdlich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gesorgt haben. Ihr Engagement und ihre Professionalität hätten maßgeblich dazu beigetragen, dass diese Großveranstaltungen in einem sicheren Rahmen stattfinden konnten.

Gleichzeitig würden die Einsatzlage aufgrund der anhaltend hohen Terrorgefahr und den explodierenden Zahlen bei Gewaltdelikten weiterhin explosiv bleiben. Weil rund um die Großveranstaltungen Urlaubssperren verhängt würden, sei der Berg an Überstunden weiter angestiegen: „Die Polizei schiebt das Problem weiter vor sich her“, sagt Wendt und fügt hinzu, dass durch den Abbau von Überstunden neue „Präsenzlücken“ entstehen, die man sich eigentlich nicht leisten könne. „Die Personaldecke ist zu dünn, deutschlandweit fehlen rund 50.000 Polizeivollzugskräfte. Bund und Länder müssen die dringend notwendige Zeitenwende bei der inneren Sicherheit endlich einleiten.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Fachlicher Austausch mit Bürgerbewegung Finanzwende

Der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel hat sich mit der Geschäftsführerin der Bürgerbewegung Finanzwende Anne Brorhilker zu einem Gespräch über aktuelle Entwicklungen bei der Geldwäschebekämpfung getroffen. Schwerpunkte des waren die geplante Errichtung des Bundesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und die Bekämpfung der Verschleierung von Vermögenswerten.

Die ehemalige Kölner Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker gilt als wichtigste Ermittlerin im Steuerskandal Cum-Ex. Unter Ihrer Leitung konnte die Kölner Staatsanwaltschaft gegen zahlreiche Cum-Ex-TäterInnen rechtskräftige Urteile erstreiten und dabei viele Millionen Euro an Steuergeldern zurückholen. Ihre Ideen für einen verbesserten Kampf gegen Finanzkriminalität bringt sie nun als Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation „Finanzwende“ in Berlin ein.

Liebel und Brorhilker diskutierten die Herausforderungen, denen sich das zukünftige Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität stellen muss. Ein Haupthindernis für eine erfolgreiche Geldwäschebekämpfung sieht Brorhilker in der bislang schwierigen Ermittlung der Faktenbasis. Viele Großkriminelle verlagerten ihre Daten ins Ausland, wo die Verschleierung der Finanzströme über komplexe Firmenkonstruktionen erfolge, und oft umfangreiche Schutzvorschriften existierten („legal privilege“). Es müssten daher Wege gefunden werden, die Geschäftsunterlagen wieder nach Deutschland zu holen und den Datenzugriff von Deutschland aus zu ermöglichen. Auch die internationale Zusammenarbeit solle intensiviert werden, wie es beispielsweise für den Bereich der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung durch den Einsatz eines multilateralen Frühwarnsystems schon gut gelungen sei. Als wei-

tere Herausforderung stellt sich, Expertise hinsichtlich der aktuellen Geldverschiebungsstrategien der Kriminellen zu entwickeln.

Aus Sicht von Brorhilker setzt eine erfolgreiche Bekämpfung von Finanzkriminalität und Abschöpfung inkriminierter Vermögenswerte eine enge Verzahnung von administrativen Verfahren und strafrechtlichen Vorgehen voraus. Administrative Verfahren dürften insbesondere bei der Analyse von Massedaten eine praktische Rolle spielen. Bei einem strafrechtlichen Anfangsverdacht bieten die sich anschließenden strafrechtliche Ermittlungen sehr effektive Mittel zur Ermittlung konkreter Fakten und administrative Vermögensabschöpfung kann auf Grundlage ermittelter Fakten die Strafverfahren sinnvoll ergänzen. Für das neue Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität stelle sich damit insbesondere die Herausforderung, eine enge Kooperation mit verschiedenen Behörden sicherzustellen, der erfahrungsgemäß in der Praxis oftmals ein Gruppendenken der jeweiligen Behördenmitglieder entgegensteht.

Liebel und Brorhilker waren sich darüber hinaus einig, dass angesichts des Datenvolumens und des Personalmangels die Unterstützung durch digitale Auswertungsmöglichkeiten eine erhebliche Rolle spielen wird. Ferner bedürfe es des Ausbaus gemeinsamer Finanzermittlungsgruppen aller Strafverfolgungsbehörden und Finanzbehörde sowie der Stärkung von Zoll und Justiz.

Namen und Nachrichten

Die Bunderegierung hat die Kredit-Finanzierung der Autobahn GmbH nach massiver Kritik vorerst gestoppt. Der dbb erwartet nun eine zukunftsfeste Finanzierung. Nicht zuletzt durch die massive Kritik des **dbb** und seiner zuständigen Mitgliedsgewerkschaften **VDStra.**, **komba** und **BTB** konnte die von der Bunderegierung angedachte Kredit-Finanzierung zum

Bau und Betrieb der Autobahn GmbH abgewendet werden. Um die Defizite im Haushaltsplan für das Jahr 2025 zu stopfen, hatte die Bunderegierung angedacht, die notwendigen Investitionen für den Erhalt, Neubau und Betrieb der Autobahnen über eine Verschuldung der Autobahn GmbH zu finanzieren. Diese Überlegungen hatten sowohl Volker Geyer,

Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, sowie Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der VDStr.-Fachgewerkschaft, schon frühzeitig zurückgewiesen. „Diese Verschuldungspläne sind nun vorerst vom Tisch“, so Volker Geyer, der zugleich Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Autobahn GmbH ist, zu den ursprünglichen Plänen: „Da die Autobahn GmbH über keine eigenen Einnahmen verfügt, könnte sie diese Schulden auch nie zurückzahlen. Sollten diese Pläne erneut von der Bundesregierung verfolgt werden, werden wir dagegen massiven Widerstand leisten. Eine Verschuldung der Autobahn ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir erwarten von der Politik, dass sie die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zukunftsfest ausfinanziert.“ Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der VDStr. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, betont: „Gerade unsere Infrastruktur Straße ist der wichtigste Verkehrsträger überhaupt. Zum einen für den Wirtschaftsstandort Deutschlands und zum anderen für die Menschen in unserem Lande zur Versorgung mit den notwendigen Gütern des alltäglichen Lebens. Darüber hinaus hat die Corona-Pandemie und Naturkatastrophen deutlich gezeigt, wie wichtig unser Straßennetz in solchen Situationen ist. Rettungsfahrzeuge, Feuerwehr, Polizei und gut ausgestattete Autobahn- und Straßenmeistereien benötigen Straßen, um schnell und effektiv helfen zu können. Dafür muss in diesem Land ausreichend Geld da sein!“

Milanie Kreutz zu war zu Gast im Podcast „Unser Wissen. Dein Erfolg!“ Aufstiegschancen, Transparenz, Wertschätzung: Dies sind nur einige der Stichworte, die umfassend diskutiert wurden. Frauen müssen sich an die Herausforderungen anpassen, die eine Führungsposition mit sich bringt – so lautet eine immer noch weitverbreitete Denkweise. „Ich sehe das genau umgekehrt“, sagt Milanie Kreutz, Bundesvorsitzende der **dbb frauen** und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb. „Wenn eine Frau das Potenzial hat, eine Führungsposition zu übernehmen, dann müssen wir doch alles dafür tun, dass sie ihr Potenzial entfalten kann. Alles andere ist nicht im Sinne der Gleichberechtigung!“ Die Pandemie hat den Arbeitsmarkt revolutioniert, Homeoffice und mobiles Arbeiten sind selbstverständlicher geworden. „Die Erfahrung hat gezeigt, dass Frauen das digitale Führen aus der Ferne liegt. Darin steckt eine enorme Chance, nicht zuletzt für die Arbeitswelt“, unterstreicht Kreutz. Warum sind Frauen trotz allem in Führungspositionen noch unterrepräsentiert? Wie können Politik,

Wirtschaft und Gesellschaft gegensteuern? Und warum sind Angela Merkel und Michelle Obama so inspirierende Persönlichkeiten? Antworten auf diese Fragen gibt die Bundesvorsitzende der dbb frauen im Podcast „Unser Wissen. Den Erfolg!“ mit Oliver Schieck, dem Geschäftsführer der dbb akademie. Der Titel der Folge lautet – wenig überraschend – „Frauen in Führung!“. Zu hören ist sie auf [Youtube](#) und [Spotify](#).

Am 21. August 2024 haben der Kommunale Arbeitgeberverband Saar e.V. (KAV Saar), die Saarbahn GmbH und die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** einen gemeinsamen Tarifabschluss erreicht, der mit der schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Entgeltausgleich, einer Entgelterhöhung von in Summe 420 Euro und zweimal fünf Prozent Zulagenerhöhung sowohl die Attraktivität der Saarbahn als kommunaler Arbeitgeber in der Region steigert, als auch deutliche Verbesserungen für das bestehende Personal schafft und damit sehr wertschätzend gegenüber den Arbeitnehmern ist. Die Inhalte des Tarifergebnisses entsprechen den Verbesserungen, die die GDL bereits bundesweit mit Ihren Tarifpartnern im Eisenbahnmarkt vereinbart hat. Die Verhandlungspartner haben dabei die Bedürfnisse der Saarbahn und Ihrer Beschäftigten angemessen berücksichtigt. „Die vereinbarte 35-Stunden-Woche ist das Instrument der Zukunft, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, erklärt der stellvertretende Bundesvorsitzende der GDL Mario Reiß. „Wir geben jedem Arbeitnehmer die Möglichkeit, nun selbst zwischen mehr Freizeit und mehr Geld zu wählen. Das steigert die Attraktivität des Arbeitgebers.“ Die bisherige Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden wird bis 2030 schrittweise auf 35 Stunden abgesenkt. Neben der 35-Stunden-Woche werden die Tabellenentgelte der GDL-Mitglieder bei einer Laufzeit von 24 Monaten zum 1. November 2024 und zum 1. September 2025 um jeweils 210 Euro angehoben. Zu den gleichen Zeitpunkten werden die Zulagen um jeweils fünf Prozent erhöht. Dadurch werden die Folgen der Inflation der letzten Jahre deutlich abgefedert und der Wert der Eisenbahnerberufe zusätzlich aufgewertet. Neben den beiden Entgelt- und Zulagenerhöhungen erhalten die Beschäftigten zwei Inflationsausgleichsprämien zu je 1.500 Euro bis Ende Dezember 2024. „Die Verhandlungen wurden auf Augenhöhe geführt“, so Reiß. „Die Arbeitgeberseite hatte zu jedem Zeitpunkt das ernsthafte Interesse, einen Tarifabschluss und damit umfassende Verbesserungen für ihre Mitarbeiter zu vereinbaren.“

Dies ist gerade in Zeiten von stark beanspruchten kommunalen Haushaltskassen nicht hoch genug einzuschätzen.“ Mit diesem Ab-

schluss endet eine lange, aber erfolgreiche Tarifrunde 2023/2024 der GDL in der kompletten Bahnbranche.